
Für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Standorte von Novartis.

Nein zur Geldgier bei Novartis!

Zwei Tage nach den eidgenössischen Wahlen kündigte Novartis ohne jede vorgängige Rücksprache mit den Angestellten oder den Behörden einen drastischen Stellenabbau an. Insgesamt 1100 Arbeitsplätze sollen in der Schweiz verschwinden: 760 in der Region Basel und 350 im Kanton Waadt. Den Standort Prangins-Nyon (VD) will Novartis schliessen. Es wäre jedoch völlig verfehlt anzunehmen, das Unternehmen befinde sich in irgendwelchen Schwierigkeiten. In den ersten neun Monaten dieses Jahres erzielte Novartis Rekordergebnisse: Der Umsatz stieg um 20 Prozent, und es wurde ein Reingewinn von über 10 Milliarden Dollar erwirtschaftet.

Die SP ist entrüstet darüber, dass die Geldgier der Aktionäre hochrentable Unternehmen dazu bringen kann, ihre Angestellten zu opfern. Jene Angestellten wohlverstanden, ohne die ein solch gutes Geschäftsergebnis gar nicht möglich gewesen wäre. Die soziale Verantwortungslosigkeit von Novartis könnte einschneidende Folgen für den Industriestandort Schweiz haben. In der derzeitigen wirtschaftlichen Krise könnte dieses Beispiel bei anderen Grossunternehmen Schule machen, die sich ebenso wenig um die sozialen Konsequenzen ihrer Entscheidungen kümmern. Novartis begründet den geplanten Stellenabbau mit den höheren Kosten in der Schweiz. Dabei unterschlägt der Basler Multi jedoch, dass er heute in unserem Land wegen der beschränkten Parallelimporte von erheblichen Vorteilen profitiert. Die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten werden von einem Unternehmen übervorteilt, das vorgibt, nichts von den ihm zugestandenen Privilegien zu wissen.

Aus diesen Gründen fällt die Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz folgende Beschlüsse :

- Die SP Schweiz appelliert an Novartis, auf ihren Entscheid zurück zu kommen und diese für die Basler und Waadtländer Industrie wichtigen Arbeitsplätze zu erhalten. Die ungerechtfertigte Schliessung des Novartis-Standorts in Nyon-Prangins lehnt die SP entschieden ab.
- Die SP Schweiz bezeugt in dieser Zeit der Ungewissheit ihre Solidarität mit den Angestellten von Novartis. Sie unterstützt die Aktionen der Gewerkschaft UNIA vor Ort und die von der UNIA lancierte Petition. Die SP verteilt die Petition unter ihren Mitgliedern.
- Die SP Schweiz unterstützt die Behörden des Bundes und der betroffenen Kantone, welche den Erhalt der bedrohten Arbeitsplätze fordern und sich gegen die Schliessung des Standorts Nyon wehren. Sie ruft die Behörden auf, in dieser Angelegenheit keinerlei Zugeständnisse zu machen.

- Die SP Schweiz bekräftigt, dass Schweizer Unternehmen, denen auf Gesetzesebene oder in finanzieller Hinsicht Vorteile zugestanden werden, sich im Gegenzug zwingend ihrer sozialen Verantwortung bewusst sein müssen. Novartis profitiert konkret von einer Beschränkung der Parallelimporte und den Vorschriften des Patentrechts. Wenn Unternehmen wie Novartis deshalb ihre soziale Verantwortung nicht wahrnehmen, können die Vorteile, von denen solche Firmen profitieren, auch nicht mehr vor dem Schweizer Volk gerechtfertigt werden.
- Die SP Schweiz beauftragt die sozialdemokratische Bundeshausfraktion, die Rechte der Angestellten bei Massenentlassungen zu stärken. Sie soll sich dafür einsetzen, dass derartige Stellenkürzungen bei finanziell gesunden Unternehmen nicht mehr möglich sind. Die entsprechenden Gesetzesvorschläge sollen auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erarbeitet werden.